

Hauenstein sagt Nein!

Verbandsgemeinderat gegen Wahlzeitverlängerung wegen anstehender Fusion

■ **SÜDWESTPFALZ.** Gegen eine Verlängerung der Wahlzeit um maximal ein Jahr hat sich am Dienstagabend der Verbandsgemeinderat Hauenstein ausgesprochen. Mehrfach wählten bei der Diskussion die Kommunalpolitiker das Wort Demokratie.

Rückblick: Bei der ersten Sitzung der Lenkungsgruppe, die die Verhandlungen zur anstehenden Fusion zwischen den Verbandsgemeinden Hauenstein und Dahner Felsenland führt, kam die Frage auf, ob die Wahlzeit der beiden Verbandsgemeinderäten wegen der Fusion verschoben werden soll. Diese Frage leiteten die Verbandsbürgermeister Werner Kölsch (Hauenstein) und Michael Zwick (Dahner Felsenland) an das Innenministerium weiter. In einer Stellungnahme erklärte dieses, dass es eine Verlängerung empfiehlt.

In einer zweiten Sitzung wurde diese Empfehlung diskutiert. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile fasste die Lenkungsgruppe mit 19 Ja- und fünf Neinstimmen den Beschluss, ihren Verbandsgemeinderäten eine Wahlzeitverlängerung um höchstens ein Jahr vorzuschlagen und mit einem entsprechenden Beschluss beim Land zu beantragen.

Dementsprechend fasst der Verbandsgemeinderat Dahner Felsenland einstimmig einen Solchen Beschluss in ihrer Sitzung Ende November. Dass dies in Hauenstein anders kommen würde, machte bereits eine Empfehlung der drei Fraktionssprecher der Mehrheitsfraktion im Hauensteiner Verbandsgemeinderat, bestehend aus SPD, Grüne und FWG, deutlich. Sie sprachen sich gegen eine Verlängerung aus.

Bei der Sitzung, an der im Zuschauertraum auch einige Kommunalpolitiker aus dem Dahner Felsenland, darunter der CDU-Gemeindeverbandsvorsitzende und Ortsbürgermeister von Fischbach, Michael Schreiber, und Markus Keller, der SPD-Fraktionssprecher im Verbandsgemeinderat und Ortsbürgermeister von Bobenthal teilnahmen, ging Kölsch zunächst nochmals auf die Sachlage ein.

Hierbei stellte er auch die in der Lenkungsgruppe erarbeitete Zeitscheine vor, die als Ziel die Wahl des

„neuen gemeinsamen Verbandsgemeinderates“ im Frühjahr 2020 vorsah. Nach Aussage von Kölsch sei sich die Lenkungsgruppe einig, dass die Zeitscheine eingehalten werde, um die Fusion auf den Weg zu bringen.

Nun begann die Diskussion unter den Fraktionen. Als ein Thema, dass politisch sehr heiß sei, bezeichnet Bernhard Rödiger (FDP) die Verlängerung. „Schon zum zweiten Mal werden die Rechte der Bürger ignoriert. Demokratie ist keine Wurst, die man einfach verlängern kann“, sagte der Hauensteiner Ortsbürgermeister.

Auch der Grüne-Fraktionssprecher Manfred Seibel schlug in die Kerbe mit der Demokratie, die nicht beliebig sei und dies müsse der Verbandsgemeinde deutlich machen, in

■ **Durch die Ablehnung befürchtet die CDU-Fraktion die Zwangsfusion**

dem er gegen eine Wahlzeitverlängerung stimme. Seibel ging zudem nochmals auf die Stellungnahme der Mehrheitsfraktionen ein, dass diese nur eine Empfehlung an die einzelnen Ratsmitglieder der Fraktionen gewesen sei, aber jedes Mitglied frei entschiede könne. „Für mich selbst steht fest, dass ich gegen eine Verlängerung bin, weil die Situation zum heutigen Tag völlig unklar ist“, begründete der dritte Beigeordnete.

Anders sah es Barbara Schenk (FWG), Ortsbürgermeisterin von Hinterweidenthal und zweite Beigeordnete in der Verbandsgemeinde. „Die FWG-Mitglieder aus Hinterweidenthal stimmen einer Verlängerung zu“, sagte Schenk, die zu bedenken gab, dass bei einer Neuwahl im kommenden Mai, der Verbandsgemeinderat für höchstens ein Jahr im Amt sei, obwohl er ja für fünf Jahre gewählt sei. „Wie begründen wir das den Mandatsträgern gegenüber“, fragte sie und warnte, dass bei einer Zwangsfusion alle darauflegen würden.

„Was die Landesregierung mit uns macht, hat mit Demokratie nichts zu tun“, fand auch CDU-Fraktionssprecher Norbert Meyerer. Seine Fraktion habe in der emotional geladenen

Situation, zwischen dieser Emotion und der Vernunft abgewägt. „Und die Vernunft überwiegt“, stellte Meyerer klar. „Denn, wenn es zu einer Zwangsfusion kommt, dann verlieren wir das Geld und das Mitspracherecht“.

Als einmalige Vorgehensweise, die es so noch nirgends gegeben habe, bezeichnete SPD-Fraktionssprecher Andreas Wilde die Entscheidung, ob es eine Verlängerung für den Rat gibt. Schon öfters sei der von Bürgern gefragt worden, wieso es eine Verlängerung für den Verbandsgemeinderat geben solle, aber nicht für die Ortsgemeinderäte? „Das Argument der Landesregierung, dass die Verbandsgemeinde in der Materie ist, zählt für mich nicht“, sagte der erste Beigeordnete, der der Meinung ist, dass Demokratie bei Wahlen immer ein Begriff sei.

Für FWG-Fraktionssprecher Herbert Schwarz Müller waren zwei Punkte entscheidend. „Erstens gibt es kein Beispiel für eine Wahlzeitverlängerung“, meinte Schwarz Müller, der sich nicht sicher war, ob sich das Land mit dem Schreiben der Konsequenzen bewusst sei. „Wesentlicher als der erste Punkt ist aber, dass häufig nach der Meinung der Bürger gefragt wird, man sie aber bei einer Wahl nicht fragen will. Somit verschiebt man die Demokratie“, fand der FWG-Fraktionssprecher.

Dem verpflichtete Rödiger bei. „Von den Bürgern geht die Macht aus. Alles andere spricht gegen die demokratischen Spielregeln“, polterte er.

Obwohl kein Ratsmitglied hatte auch Lugs Ortsbürgermeister Hermann Rippberger Rederecht und machte davon gebrauch. Er forderte, dass den Wählerwille zu respektieren sei und dieser hätte die Mandatsträger für fünf und nicht für sechs Jahre gewählt. „Wir lassen uns mit der Verschiebung am Nasenring durch die Manege ziehen“, fand Rippberger, ehe auch er an die Demokratie erinnerte.

Bevor es zur Abstimmung kam, erklärte Seibel noch, dass es kein Signal von der Landesregierung gäbe, dass bei einer Ablehnung der Verlängerung es zu einer Zwangsfusion kommen würde. Am Ende stimmten 13 Ratsmitglieder, darunter der Verbandsbürgermeister gegen eine Ver-

■ **Angemerkt**

Zeitverschwendung

Von Bastian Meyer

Dass die Verbandsgemeinde Hauenstein aufgelöst wird, ist Fakt und muss auch nicht mehr diskutiert werden. Mit der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland steht auch schon ein Partner im Landkreis bereit. Dass es mit diesem aber wohl nicht passt, zeigte die Abstimmung im Verbandsgemeinderat Hauenstein. Wenn schon gleich die erste von der Lenkungsgruppe getroffene Entscheidung, die Wahlzeit der beiden Verbandsgemeinderäte zu verlängern, nicht einheitlich in beiden Verbandsgemeinden umgesetzt wird, muss über weitere Themen doch überhaupt nicht mehr verhandelt werden. Schlimm ist an der Entscheidung vom Dienstagabend, dass es wohl „Umfaller“ in den Reihen des Hauensteiner Verbandsgemeinderates gibt: Wenn es stimmt, wie der Pirmasenser Zeitung aus der Lenkungsgruppe berichtet wurde, dass sowohl Verbandsbürgermeister Werner Kölsch als auch sein dritter Beigeordneter Manfred Seibel (Grüne) in der Sitzung der Lenkungsgruppe sich für eine Verlängerung aussprachen, dann aber einen Rückzieher machten und am Dienstag genau entgegengesetzt stimmten, spricht das für sich. Ihre Kollegen aus dem Dahner Felsenland in der Lenkungsgruppe müssen sich doch, gelinde gesagt, veräppelt vorkommen. Es würde nicht verwundern, wenn sie die Verhandlungen beenden und das Land zu einer Zwangsfusion auffordern. Schließlich scheinen die Sitzungen der Lenkungsgruppe reine Zeitverschwendung.

längerung. Zehn (CDU-Fraktion, Jürgen Brödel und die FWGler Roland Schenk, Barbara Schenk und Helmut Disque) stimmten dazu. Für die vorgegebene Zeitscheine stimmten anschließend 20 Ratsmitglieder mit Ja und drei, wiederum die FWGler aus Hinterweidenthal dagegen. (bam)